

LehrerInnen, SchülerInnen, Eltern – für bessere Bildung gemeinsam streiken!

Die überraschend große TeilnehmerInnenzahl von 6.000 Lehrkräften beim Warnstreik am 5. April zeigte bereits, wie groß die Wut über die Zustände an Berlins Schulen ist.

Damals wurde ihr gegen die Überalterung der Lehrkräfte in Berlin demonstriert, denn das Durchschnittsalter beträgt 50,3 Jahre. Sie forderten die Wiedereinführung der Altersteilzeit, die Absenkung der Pflichtstunden für LehrerInnen und eine Personalausstattung von 110 %, um dem eklatanten Personalmangel vor allem an jüngeren Lehrkräften entgegen zu wirken. Am 9. Juni gehen Lehrkräfte, SchülerInnen und die Elternschaft gemeinsam auf die Straße, um erneut für eine bessere Bildung zu protestieren. Denn der Rot-Rote Senat ist bisher keiner der Forderungen nachgekommen. Die GEW, der Landesschülerausschuss, Landeselternausschuss und verschiedene Bündnisse und VertreterInnen rufen zur Teilnahme an der Streikaktion auf. Euer Streik ist richtig! Wir solidarisieren uns mit euch!

Bildung ist wichtig, Streik ist richtig

Bereits vor und nach dem 5. April drohte der Senat für Bildung, Wissenschaft und Forschung den SchülerInnen und LehrerInnen mit erheblichen Repressionen, wenn sie sich während der Schulzeit an Protestaktionen beteiligen.

Im Vorfeld des 9. Juni wurden von der Senatsverwaltung Drohbriefe an die Schulleitungen versandt. Sie sollen dafür sorgen, dass sich ihre Schulen nicht an den Protesten beteiligen. Es wird mit Gehaltskürzungen und disziplinarischen Maßnahmen bis hin zur Kündigung gedroht. Am 5. April haben Lehrkräfte, egal ob angestellt oder beamtet, bewiesen, dass sie sich nicht einschüchtern lassen und bereit sind, gegen die Zustände im Bildungssystem zu kämpfen.

Im Gegensatz zum letzten Mal und vor allem zu den Bildungsstreiks, an denen sich größtenteils SchülerInnen und StudentInnen beteiligten, sind es jetzt LehrerInnen, SchülerInnen und Eltern, die gemeinsam auf die Straße gehen. Das kann der Senat nicht ignorieren und reagiert darum mit heftigen Drohungen.

Wir lehnen die Androhung und Durchführung von Repressionen durch die Senatsbürokratie ab und solidarisieren uns mit allen Betroffenen. Gleichzeitig rufen wir dazu auf, jetzt erst recht gemeinsam auf die Straße zu gehen und Entschlossenheit zu zeigen. Es wird den Protestierenden vorgeworfen, einem Bildungsauftrag der Schulen nicht gerecht zu werden. Aber die Politik des Rot-Roten Senats ist dafür verantwortlich, dass die Bildung in Berlin in der Krise ist. Deshalb stehen wir gemeinsam für eine bessere Bildung ein.

Die Arbeitsbedingungen der LehrerInnen sind die Lernbedingungen der SchülerInnen

Durch die vom SPD/LINKE-Senat verordnete Ausstattung der Schulen mit 100% Lehrkräften plus 3% Krankheitsvertretung durch die Personalkostenbudgetierung kommt es zu erheblichen Einschnitten in die Unterrichtsqualität. In den letzten Jahren betrug der durchschnittliche Krankenstand über 10% des Per-

sonalbestands. Dass man diesen auch durch den Einsatz von in Leiharbeit stehenden ReferendarInnen und LehramtsstudentInnen über die Personalkostenbudgetierung nicht ausgleichen kann, ist offensichtlich.



Durch den Unterrichtsausfall erhöht sich der Druck auf die LehrerInnen, diesen durch Überstunden auszugleichen, um ein Mindestmaß an Unterricht zu garantieren. Dies führt, auch auf Grund des steigenden Alters, zu Burn-Outs, einer zunehmender physischer und psychischer Belastung, die nicht selten in weiterem ersatzlosen Ausfall endet. Der Motivation der LehrerInnen wird durch die jährliche Zwangsversetzung an andere Schulen, wenn die Senatsverwaltung einen Personalüberhang feststellt, ein erheblicher Schlag versetzt. Das hat weitere Auswirkungen auf die Qualität des Unterrichts. Vor allem wenn alle Beteiligten durch die Vergleichsarbeiten und Schulrankings dem Druck ausgesetzt sind, möglichst gut abzuschneiden und immer mehr „teaching for the test“, statt freier Persönlichkeitsentwicklung zu betreiben. Die GEW fordert eine Personalausstattung von 110%. Eine solche Ausstattung würde eine sofortige Neueinstellung von ca. 2.500 Lehrkräften bedeuten, die ein erster Schritt zur bedarfsgerechten Ausstattung der Bildungseinrichtungen mit Personal ist. Gleichzeitig muss auf Vergleichsarbeiten und Zwangsversetzung verzichtet werden, um den Leistungsdruck herauszunehmen. Es wichtig, die Altersteilzeit und Stundenermäßigung wieder einzuführen und zusätzlich die Pflichtstundenzahl zu senken.

Eine Schule für alle!

Bereits in der Schule wird entschieden, wer später Hilfsarbeiten verrichtet, wer Fachkraft und wer ChefIn wird. Durch den steigenden Leistungsdruck und Konkurrenz werden Kinder und Jugendliche auf das spätere Leben in der Arbeitswelt vorbereitet – immer die Ellenbogen raus und versuchen, selbst den besten Platz zu ergattern und sich nicht beschweren, da man sonst mit Repressionen zu rechnen hat. PISA hat gezeigt, dass Deutschland was Selektion betrifft, einer der traurigen Spitzenreiter der

OECD Staaten ist.

In Deutschland entscheidet die soziale Herkunft des Kindes mehr als alles andere über seinen weiteren Bildungsweg und seine späteren Berufschancen. Dies wird durch eine Abschaffung der Lehrmittelfreiheit und kostenpflichtiges Schulessen verstärkt.



Die Selektion wird durch ein mehrgliedriges Schulsystem praktiziert und eine Zusammenlegung von Haupt- und Realschule zur Sekundarschule ändert nichts daran, sondern zementiert weiterhin die Grenzen zwischen Gymnasien und anderen Schulen.

Vor allem wird mit der Reform des Bildungssystems die Zusammenlegung und Schließung von Schulstandorten gerechtfertigt. Schulen mit sonderpädagogischem Förderschwerpunkt wurden zur Integrierten Sekundarschule, indem man sie mit allgemeinbildenden Schulen zusammenlegte.

Offiziell soll dort die Klassengröße zwar reduziert werden, aber steht das unter dem Begriff „Kostenneutralität“. Alle Veränderungen dürfen nichts kosten. Weder werden die Schulen den Bedürfnissen der SchülerInnen entsprechend ausgestattet, noch werden genügend PädagogInnen für kleinere Klassen zur Verfügung gestellt. Real ist das eine Fortsetzung der Kürzungspolitik, die nur durch den Beisatz, dass die Hauptschule abgeschafft wurde, schöngefärbt wird. Aber das Beibehalten von Gymnasium und Regionalschule hebt die Selektion der SchülerInnen nicht auf, sondern verschiebt nur das Problem. Die Chancenungleichheit bleibt bestehen.

Vor allem in Stadtteilen mit einem hohen Anteil an MigrantInnen und materiell schlechter gestellten Familien, ist es notwendig, mehrsprachige Lehrkräfte und ErzieherInnen zu beschäftigen.

Wir brauchen eine Schule für alle, die ein gemeinsames Lernen ermöglicht und eine ganztägige Betreuung sicherstellt. Um den Abschluss der Kinder nicht von der sozialen Herkunft abhängig zu machen, muss Bildung kostenlos und für alle frei zugänglich sein. Das bedeutet eine sofortige Wiedereinführung der Lehrmittelfreiheit und kostenloses Schulessen. Das Turboabitur in 12 Jahren muss zurückgenommen werden, um die schlimmsten Auswirkungen des Leistungsdrucks zu reduzieren. Dafür muss der Senat Geld bereitstellen.

Das Geld ist da, nur in den falschen Händen!

Ständig wird behauptet, die Schuldenbremse sei notwendig, kein Geld vorhanden um das Schulsystem aufzubessern. Doch die Kassen Berlins sind nicht einfach leergeflossen. Sie wurden leergeplündert! Im Zuge der größten Krise der Weltwirtschaft seit 1929 zögerte die schwarz-gelbe Bundesregierung nicht, ein Kunjunkturprogramm mit einem Gesamtvolumen von über 220

Mrd. Euro aufzulegen. Damit sollten marode Banken gerettet werden. Der Autoindustrie wurde mit Kurzarbeitergeld und Abwrackprämie unter die Arme gegriffen. Zusätzlich dazu wurden an die Bauunternehmen vermehrt öffentliche Sanierungsaufträge vergeben.

Derzeit prahlen die Deutschen Herrschenden, dass Deutschland aus der Krise gerettet sei und der Aufschwung da wäre. Doch auf wessen Kosten?

Statt nun ein dringend notwendiges Finanzierungsprogramm im Bildungsbereich aufzulegen und Unis, Schulen, Jugend- und andere soziale Einrichtungen mit genügend Mitteln und Personal auszustatten, wartete die Bundesregierung 2009 mit einer Schuldenbremse auf, um ihre teuren Bankenrettungspakete finanzieren zu können. Diese geht vor allem zu Lasten der Kommunen, in deren Besitz die Gebäude sind. Dem entgegen ist eine massive Finanzierung von Sanierung und Ausbau der Gebäude notwendig. Laut Berliner Morgenpost vom 15. Dezember 2010 besteht bei Schulgebäuden weiterhin ein Sanierungsbedarf von 900 Mio. Euro. Im Winter sitzen SchülerInnen in Räumen, in denen die Heizungsanlagen ausgefallen sind und so ein Lernen unmöglich wird. Es gibt zu wenig Fachräume an den Schulen. Klassen mit einer Stärke von 30 und mehr SchülerInnen werden in Räumen mit 24 Arbeitsplätzen unterrichtet. Durch die Verfügbarkeit von ausreichend Räumen und finanziellen Mitteln ist es möglich, die Klassengröße erheblich zu reduzieren, um ein besseres Lern- und Lehrklima zu schaffen.

Wie weiter?

Demonstrationen sind sichtbar und können den politischen Druck erhöhen, aber Streik an den Schulen ist noch mehr spürbar. Deshalb sind halbtägige Streiks verbunden mit Großdemonstrationen ein guter Anfang.

Es kommt nun darauf an, die Aktionen auszuweiten und sich mit Protesten in anderen Bereichen zu vernetzen. An den Unis spitzt sich die Situation ebenfalls weiter zu, im Verlags- und Druckwesen sowie Einzelhandel finden gerade Auseinandersetzungen um bessere Arbeits- und Einkommensbedingungen statt. Im Jugendbereich gab es in den letzten Jahren Widerstand gegen die Kürzungspolitik der Bezirke.

Die Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft hat während des Streiks der Beschäftigten an der Charité richtig reagiert und nicht nur ihre Solidarität erklärt, sondern die wissenschaftlichen Mitarbeiter ebenfalls zu Streik aufgerufen.

Das weist in die Richtung, in die der Protest gehen muss. Wir brauchen weitere gemeinsame Aktionen, vor allem in der Zeit des Wahlkampfes vor der Abgeordnetenhauswahl.

Alle politischen Parteien überschlagen sich bei den Versprechen, was sie alles im Bildungsbereich verändern und verbessern wollen. Die Erfahrung zeigt: nach der Wahl werden die Gedächtnislücken groß und nichts verbessert sich – ganz im Gegenteil. Der nächste Schritt kann ein ganztägiger Streik in den Bildungseinrichtungen sein, um den Druck auf die Politik zu erhöhen.

Vor allem darf man sich keinen Illusionen in die Versprechungen der Parteien hingeben, sondern muss den Druck aufrecht erhalten. Von allein ändert sich nichts, wir müssen die Veränderung erkämpfen. Dabei ist es aber vor allem notwendig, selbst aktiv zu werden und zu bleiben. Eine Möglichkeit ist die Gründung von Schulkomitees oder Aktionskomitees aus LehrerInnen und SchülerInnen unter Einbeziehung der Elternschaft, um direkt an den Schulen zu diskutieren und demokratisch zu entscheiden, wie der Protest weiter geführt und auf eine breitere Ebene gehoben werden kann.